

Ruinöse Steuerreform

Steuervorlage 17 Für jeden dritten Kanton ist es ein Verlustgeschäft, neue, gewinnstarke Unternehmen anzuziehen. Grund ist der Nationale Finanzausgleich.

DAVID VONPLON

Genau ein Jahr ist es her, seit das Stimmvolk die Unternehmenssteuerreform III verworfen hat. Im Eilzugtempo zimmert Finanzminister Maurer derzeit eine Neuauflage des Reformwerks zusammen. Die Zielvorgabe ist unverändert: Die Schweiz soll die geächteten Steuerprivilegien für international tätige Unternehmen abschaffen, ohne einen Exodus dieser Gesellschaften zu riskieren. Neu jedoch ist, dass Ersatzprivilegien wie die Patentbox deutlich enger gefasst sind.

Für die einzelnen Kantone hat das Folgen: Um im Standortwettbewerb nicht ins Hintertreffen zu geraten, müssen sie erst recht an der Steuerschraube drehen. Wer kann, passt den ordentlichen Gewinnsteuersatz möglichst dem Niveau der Innerschweizer Tiefsteuern an – auch wenn dieser wie in Genf, Waadt und Basel-Stadt nahezu halbiert werden muss. Dabei nehmen auch vermehrt finanzschwache Kantone an diesem Race-to-the-Bottom teil, etwa Thurgau und Solothurn. Doch kann das gut gehen? Christoph A. Schaltegger, Professor für

politische Ökonomie an der Universität Luzern, hat in einer Studie berechnet, welche Margen die einzelnen Kantone erzielen, wenn neue Firmengewinne anfallen. Sein alarmierender Befund: Welches Instrument der Steuervorlage 17 auch eingesetzt wird, ob Patentbox, Steuerabzug auf Forschung und Entwicklung oder ordentliche Besteuerung: Ein Drittel der Kantone legt unter dem Strich drauf, wenn eine Firmenansiedlung gelingt.

Für die Kantone ruiniös

Erwirtschaftet etwa im Thurgau ein Unternehmen einen zusätzlichen Gewinn von 100 Franken, kostet dies die Kantonskasse nach Umsetzung der Steuervorlage 17 netto rund 2 Franken. Ähnlich ergeht es anderen finanzschwachen Kantonen wie Solothurn, Glarus, Graubünden, Uri und Wallis: «Je mehr Firmen in diesen Kantonen Gewinne versteuern wollen, desto ruiniöser ist dies für die Kantonsfinanzen», sagt der Ökonom. Sich steuerlich international attraktiv zu positionieren, lohne sich nur für die finanzkräftigen Kantone.

Grund für die paradoxe Situation ist der Mechanismus des Nationalen Finanzausgleichs (NFA), welcher die

Anreize zur steuerlichen Standortpflege schwächt: Zieht ein finanzstarker Kanton neue Unternehmen an, steigt dessen Finanzkraft und damit auch die Zahlung in den Finanzausgleich. Für finanzschwache Kantone jedoch verringern sich die Zuschüsse aufgrund neuer Steuereinnahmen. «Weil die zusätzlichen Steuererträge geringer sind als die Verluste bei den Ausgleichszahlungen, resultieren für finanzschwache Kantone Verluste», begründet Schaltegger.

Die Berechnungen des Volkswirtschafters bergen erheblichen politischen Sprengstoff. Denn: Weshalb sollten etwa die Solothurner Stimmbürger einer Steuersenkung zustimmen, die in ihrem Kanton zu negativen Margen führt und die Kantonskasse schädigt? «Eine so ruiniöse Politik sollte unter allen Umständen vermieden werden», sagt Professor Schaltegger. Er fordert, dass die Politik die Fehlanreize im Zuge der hängigen SV 17 beseitigt.

Wie viel ein Kanton aus dem Ausgleichstopf erhält oder einzahlt, hängt heute von der Höhe der Einkommen, Vermögen und Gewinne seiner Unternehmen ab. Um die Problematik fehlender Margen auf Firmengewinne zu



Steuerparadies Zug: Poleposition im Steuerwettbewerb.

hindern, wollen Bund und Kantone Letztere in der SV 17 zwar weniger stark gewichten als bisher. Beseitigt werden die Fehlanreize damit jedoch nicht.

Schaltegger schlägt deshalb vor, Firmengewinne gar nicht mehr in der Ausgleichsformel zu berücksichtigen – und zusätzlich die Reformverlierer finanziell

zu entschädigen. «Damit würden die neu angezogenen Steuerfranken aus dem Unternehmenssektor für alle Kantone ein gutes Geschäft darstellen.»

Bund und Kantone kritisch

Beim Bund bestreitet man die Stichhaltigkeit von Schalteggers Berechnun-

► DIE AUSGANGSLAGE IN AUSGEWÄHLTEN KANTONEN

KANTON ZÜRICH
Die rote Laterne droht

Die von Finanzdirektor Ernst Stocker angekündigte Senkung der Gewinnsteuern ändert nichts daran, dass der Kanton Zürich für Firmen bald eines der teuersten Pflaster im Land sein wird. «Der Limmatkanton muss aufpassen, dass er den Anschluss an Konkurrenzstandorte im Ausland nicht verliert», warnt PwC-Steuerexperte Marti. Doch auch im innerschweizerischen Standortwettbewerb ist Zürich unter Druck: Nachbarkantone wie Zug locken mit markant tieferen Steuersätzen. Etwas Linderung brächte der steuerliche Zinsabzug auf Eigenkapital. So liessen sich Finanzierungsgesellschaften ausländischer Konzerne im Kanton halten. Verweigert das Parlament das Instrument, gerät Zürich erst recht ins Hintertreffen.

► Gewinnsteuersatz 2017	21,2%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	18,2%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	27%

KANTON AARGAU
Trübe Aussichten im Rüebliland

Die anstehende Steuerreform bringt den Agglokanton in die Zwickmühle. Die Eigentümer der vielen Familienunternehmen und KMU profitieren heute im Aargau von einer sehr grosszügigen Dividendenbesteuerung. Mit der vom Bundesrat geplanten Verschärfung droht vielen von ihnen eine saftige Steuererhöhung. Auf eine Kompensation bei den Gewinnsteuern können die Gewerbler nicht hoffen: Im Kanton erodierte die Steuererträge in den letzten Jahren. Eine Senkung der Firmensteuern kann sich der Kanton darum nicht leisten. Wie man unter diesen Vorzeichen grössere Unternehmen zum Umzug ins Rüebliland bewegen will, bleibt eine unbeantwortete Frage. Der Aargau droht im Steuerwettbewerb weiter zurückzufallen.

► Gewinnsteuersatz 2017	18,6%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	15%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	8%

KANTON ZUG
Das Paradies lebt

Zug liegt im Rennen um die Gunst der Firmen in der Poleposition. Auch wenn die finanzielle Lage des Kantons angespannt ist: Man kann es sich leisten, den Steuersatz noch einmal auf 12 Prozent zu drücken – zugleich können die Unternehmen Patentbox und Abzug von F&E-Aktivitäten maximal ausschöpfen. Damit dürfte man nicht nur die vielen ausländischen Firmen zufriedenstellen, die sich im Kanton angesiedelt haben. Auch dürfte Zug zu den ersten Adressen gehören für Zürcher Firmen, deren Steuerlast mit dem Wegfall der bestehenden Privilegien ansteigt. «Bei einer Differenz von 6 Steuerprozenten dürfte ein Umzug nach Zug für viele Firmen eine valable Option werden», sagt KPMG-Steuerexperte Peter Uebelhart.

► Gewinnsteuersatz 2017	14,6%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	12,1%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	80%

KANTON WAADT
Auf der Überholspur

Der Kanton Waadt ist den anderen Kantonen einen Schritt voraus. Während auf Bundesebene das Gezerre um die Steuervorlage 17 erst losgeht, hat das Waadtland bereits Nägel mit Köpfen gemacht: Der ordentliche Steuersatz für Firmen wird per 1. Januar 2019 um nicht weniger als 8 Prozent gesenkt. Abgesegnet vom Stimmvolk. Der Kanton kann sich diese radikale Steuersenkung voraussichtlich sogar leisten: Die Statusgesellschaften, die zum allergrössten Teil zum Steueraufkommen beitragen, werden künftig leicht höhere Steuern bezahlen müssen – und finanzieren so die Reform mit. Die vielen ausländischen Multis, die am Seeufer angesiedelt sind, tragen den Kurs mit: Ihr Exodus dürfte bis auf weiteres ausbleiben.

► Gewinnsteuersatz 2017	22,1%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	14,0%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	82%

KANTON GENÈVE
Hoffen auf Bern

Die Genfer Regierung hat die Reform der Firmensteuer «Mutter aller Schlachten» genannt. Doch in diesem Gefecht steht man unter Druck. Ab 2019 wird der ordentliche Steuersatz in Genf weiterhin bei 24 Prozent liegen – in der Waadt jedoch bloss bei 14 Prozent. Das könnte bei Genfer Firmen Gelüste wecken, ihren Standort einige Kilometer nach Norden zu verlegen. Die gut 1000 privilegierten Firmen – darunter viele Rohstoffhandelsriesen – dürften indes abwarten: Ihre Privilegien verlieren sie erst mit Inkrafttreten der Steuervorlage 17, voraussichtlich 2020. Bis dahin muss der Kanton eine drastische Steuersenkung beim Volk durchpauken. Und hoffen, dass man in Bern vorwärtsmacht mit der Verabschiedung der Reform.

► Gewinnsteuersatz 2017	24,2%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	13,5%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	66%

KANTON BASEL-STADT
Pharma gut, alles gut

Kein anderer Kanton hängt finanziell so stark von steuerlich privilegierten Unternehmen ab wie Basel-Stadt. Über die Hälfte der Steuereinnahmen der Firmen stammt von Statusgesellschaften, die nun abgeschafft werden müssen. Trotzdem blickt man der Steuervorlage 17 am Rheinlinie gelassen entgegen. Für die forschungsintensive Pharmaindustrie bleibt Basel attraktiv: Sie profitiert von der Patentbox, die Abzüge auf den steuerbaren Gewinn gestattet. Dies gilt auch für die grössten Steuerzahler, Novartis und Roche: Ihre Steuerbelastung dürfte nur leicht ansteigen. Zugleich erlauben die Überschüsse der letzten Jahre dem Kanton, die Steuersätze deutlich nach unten zu korrigieren. Davon profitieren auch die KMU.

► Gewinnsteuersatz 2017	22,2%
► Künftiger Gewinnsteuersatz	13,0%
► Anteil der Statusgesellschaften an den Gewinnen	81%

DIE STEUERSÄTZE

Zug will am wenigsten vom Gewinn

Prognostizierte Gewinnsteuersätze der Kantone bei Annahme der Steuervorlage 17 (in Prozent)

Zug	12,1 (2017: 14,6)
Schaffhausen	12,3 (16,0)
Luzern	12,3 (12,4)
Schwyz	12,5 (15,3)
Nidwalden	12,7 (12,7)
Obwalden	12,7 (12,7)
Solothurn	13,0 (21,5)
Thurgau	13,0 (16,4)
Appenzell Ausserrhoden	13,0 (13,0)
Basel-Stadt	13,0 (22,2)
Genf	13,5 (24,2)
Freiburg	13,9 (19,9)
Basel-Landschaft	14,0 (20,7)
Waadt	14,0 (22,1)
Appenzell Innerrhoden	14,2 (14,2)
St. Gallen	15,0 (17,4)
Aargau	15,0 (18,6)
Graubünden	15,0 (16,1)
Uri	15,0 (14,9)
Neuenburg	15,6 (15,6)
Glarus	15,7 (15,7)
Wallis	15,7 (21,7)
Bern	16,4 (21,6)
Tessin	16,8 (20,7)
Zürich	18,2 (21,2)
Jura	20,7 (20,7)

QUELLE: PWC

Wettbewerb Mit der Steuervorlage 17 wird der Steuerwettbewerb angeheizt. Bisher sorgten die Privilegien der Statusgesellschaften dafür, dass sich die Steuerbelastung für Firmen von Kanton zu Kanton nur wenig unterscheidet. «Ob sich eine Firma in Genf oder Luzern ansiedelte, spielte kaum eine Rolle», sagt PwC-Experte Marti. Fallen die Statusgesellschaften weg, ändert sich dies: «Wir erwarten, dass die Spreizung in der Steuerbelastung unter den Kantonen viel grösser wird.»

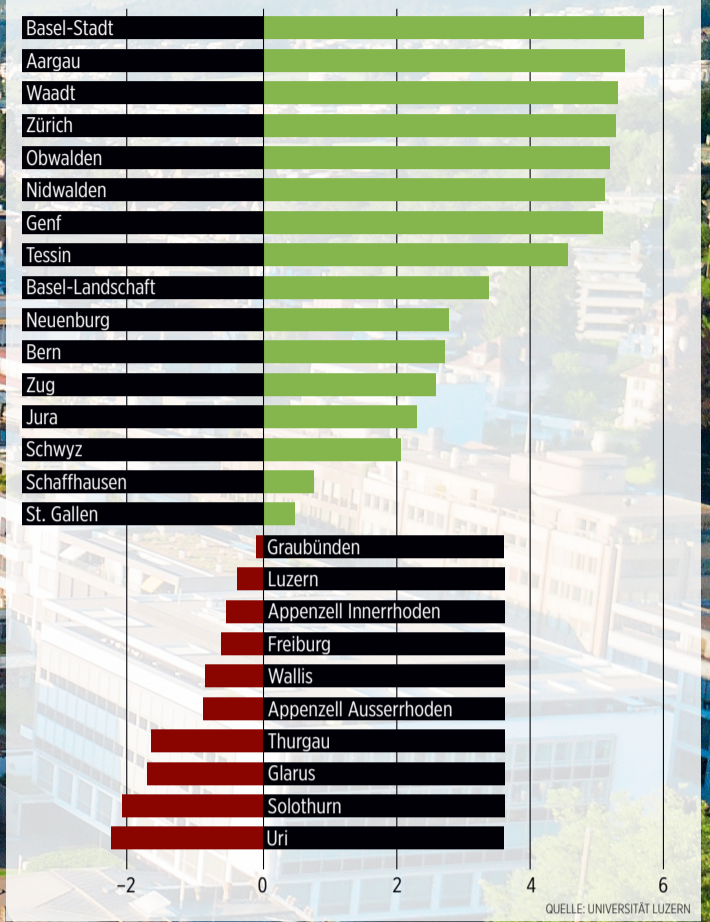
Gefälle Es droht eine Zweiklassengesellschaft: «Es wird eine grössere Gruppe von Kantonen geben, die sich einen Steuersatz von 12 bis 15 Prozent leisten können. Andere Kantone wie Zürich und Bern werden da nicht mithalten können», sagt Peter Uebelhart von der KPMG. Es liege auf der Hand, dass die Firmen auf ein so grosses Gefälle bei den Steuern reagieren würden.



► WAS DEN KANTONEN BLEIBT

Finanzschwache Kantone legen drauf

Margen auf neue, ordentlich besteuerte Unternehmensgewinne (in %)



gen nicht. «Der Finanzausgleich wirkt einem übermässigen Steuerwettbewerb entgegen», sagt Philipp Rohr, Sprecher der Finanzverwaltung. Die Mittelverteilung konzentrierte sich auf die ressourcenschwächsten Kantone. Die Kehrseite der Medaille sei der geringe Anreiz für die ressourcenschwächsten Kantone,

zusätzliches Gewinnsteuersubstrat anzuziehen. Handlungsbedarf sieht der Bund trotzdem nicht. Rohr betont, dass der Zuzug von neuen Unternehmen in der Regel auch Arbeitsplätze schaffe und dem Kanton zusätzliche Einkommenssteuern beschere. Auch die Kantone

äussern sich kritisch: «Werden die Firmengewinne bei der Berechnung der kantonalen Ausgleichsflüsse nicht mehr berücksichtigt, hätte dies Umverteilungswirkungen für die Kantone zur Folge», warnt Andreas Huber-Schlatter, Generalsekretär der Konferenz der kantonalen Finanzdirektoren. Wirtschafts-

starke Kantone mit vielen Unternehmen würden dann deutlich bessergestellt. Schaltegger kann dieser Argumentation wenig abgewinnen: Von einer Anpassung des Ausgleichssystems würden nicht in erster Linie die finanzstarken Geberkantone profitieren. Diese könn-

ten auch mit dem vorliegenden Reformpaket gut leben. Bessergestellt würden stattdessen namentlich die finanzschwachen Kantone, die willens seien, ihre eigene Situation zu verbessern.

Interview mit dem Zuger Finanzdirektor
www.handelszeitung.ch/steuervorlage

ANZEIGE



SAP Live Campus Basel 2018

Where Thinking meets Doing

Congress Center Basel
6. & 7. März 2018

Wer mitdenkt, ist dabei! Jetzt Teilnahme sichern:
www.sapevent.ch/forum2018

#SAPforumCH



Jim Hagemann Snabe
Aufsichtsratsvorsitzender
Siemens AG



Stefan Ries
Mitglied des Vorstands
SAP SE



Urs Lehner
Mitglied der Konzernleitung
Swisscom



Reto Lipp
Wirtschaftsjournalist &
Moderator